

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgen-Ausgabe ausgeben wird.



Abonnements-Preis auf das „Berliner Tageblatt“ nach „Kantons-Vertrag“, sowie dem illustrierten „Ulke“...

Berliner Tageblatt.

Nummer 597. Berlin, Sonnabend, den 24. November 1894. XXIII. Jahrgang.

Bollmar und Bebel.

Der Streit in der sozialdemokratischen Partei nimmt seinen Fortgang. Nach der „Frankf. Ztg.“ kommt nun die „Münchener Post“, um in zwei Artikeln mit der Ueberschrift „Bebels Fahnen-erhebung“ sich mit der Berliner Rede Bebel's zu beschäftigen.

Aber mit dem gleichen Schild rüsten auch Werner und die Berliner „Jungen“ seine Zeit ihr Treiben zu schützen, und Bebel wagt genau, was er ihnen auf ihren Einwand erwidert hatte.

„Bebel habe damals freilich nicht daran gedacht, daß seine Worte einmal auf seine eigenen Handlungen zutreffen und angewandt werden könnten.“

Damals hieß es: Bollmar hat sich, wie jeder Andere, dem Beschluß des Parteitag's zu unterwerfen; sollte aber das Unerbittliche geschehen, das dieser Beschluß zu Gunsten Bollmars auslöste, dann würden die hinführenden Delegierten die Rebellion im Hause finden, „und ich“ — rief Bebel — „wäre der Erste, der sich auf die Spitze einer solchen Rebellion stellte.“

Bollmar will nun gegenwärtig das Wort „Rebellion“ nicht anwenden, aber daß Bebel's Auftreten ein Pronunciamento, eine Fahnen-erhebung gegen die Ergebnisse des Frankfurter Parteitages sei, könne nur eitel Wortlauberei bestreiten.

Somit weiß man nicht hoch genug von den Entschuldigungen der höchsten Instanz der Partei zu sprechen, der sich zu unterwerfen die Pflicht jedes Sozialdemokraten sei. Als in Frankfurt die Bayern nannten, keinen haltlosen Beschluß zu fassen, weil in Landesangelegenheiten naturgemäß der Landes-Parteitag zu sprechen und dieser seine Entscheidung bereits getroffen habe, da wurde dies von der Seite, auf welcher sich Bebel befand, mit Entschiedenheit als frivole Gehörlosverweigerung, als eine Art von Parteihochverrat hingestellt.

Das Auftreten Bebel's widerspricht allen Traditionen der Sozialdemokratie. Aus ihm spricht der Geist eines unabhängigen Eigenwinkers, der wohl für Anders strengste Disziplin und Untertönerung (Gehorsam) fordert, für sich selbst aber kein anderes Gebot als das des eigenen unfehlbaren Willens anerkennt und sich, sobald dieser ernstlich in Frage kommt, durch Niemand und durch keinerlei Rücksicht von Zant und Streit abhalten läßt.

Zur Entschuldigung Bebel's, meint Bollmar, werde man wahr-scheinlich wieder sein Temperament anführen, in dessen das Temperament durch doch keinen Freibrief zu jedem beliebigen Anfall auf Parteigenossen und zu jeder, auch der schwersten Schädigung der Parteinteressen geben. Trotzdem hätte man die Entschuldigung vielleicht auch dies Mal paffen lassen können, wenn die berufenen Faktoren gethan hätten, was ihres Amtes war. Aber weder der Parteivorstand noch das Centralorgan habe Bebel's Auftreten offen und gerade gerügt und bestraft.

Bebel hat unmittelbar vor dem Parteitag einen Aufruf in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht, in welchem auch nicht das geringste Anzeichen darauf hindeutet, daß er im Schooße der Partei so schwere prinzipielle Gefahren wittert, wie er sie in Berlin laienfremdlich verurteilt hat. Im Gegenteil. Er macht sich weidlich Lust über die Anzuchtbarkeit der Gegner, die unermüdet immer wieder auf sozialdemokratische „Spaltungen“ rechnen, trotzdem ihre Hoffnungen bisher noch immer zu Schanden geworden. Wohl werde es auch in Frankfurt an Meinungs-

verschiedenheiten in einzelnen Punkten nicht fehlen; aber wer mehr erwartet, betrüge sich und Andere. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen nirgends. Die Partei steht in allen ihren Gliedern auf ein und demselben prinzipiellen Boden, wie ihn das Programm zum Ausdruck bringt. ... Zum Ueberflus sorgt die Verfolgungslust unserer Feinde dafür, das Schallungs- und Abtrennungsgelüste, wenn sie überhaupt vorhanden wären, was nirgends der Fall ist, jämmerlich scheitern. Prinzipielle Gegensätze sind also ausgeschlossen.“

Als Bebel dies geschrieben, sei ihm die Lage der Partei ganz genau bekannt gewesen, speziell habe ihm auch das gesamte Material in der sogenannten bayerischen Frage, vor allem das Protokoll des Münchener Parteitages vorgelegen, in welchem die Anführer der bayerischen Genossen über die in ihrem Lande einzuhaltende Kampfweise noch weit ausführlicher zum Ausdruck kommen, als dies in Frankfurt geschehen konnte. Auf dem Parteitage habe Bebel den Bayern noch im Allgemeinen ein Loblied gesungen und auch erklärt, er wolle die Thätigkeit der bayerischen Landtagsabgeordneten mit keinem Worte tadeln, anfragen aber mißbilligen; es handle sich nur darum, was in Zukunft und zwar nicht bloß speziell in Bayern, sondern ganz allgemein geschehen solle. Dann heißt es weiter:

„Seidman, und drei Wochen verfloßen. Und noch ganz an demselben Abend fing uns jetzt Bebel! Alle die schönen Reden von der vermehrten Größe der Partei und ihrer imponenten Eingetie, die nie größer gewesen sei, — sie werden als hohl, nichtig, erlogen hingestellt. Die Partei ist in der Verwässerung und Verpöberung begriffen, in einem reizenden prinzipiellen Niedergange. Die Träger dieses Verberdungsprozesses sind die Süddeutschen, vor Allem die Bayern; aber auch in Norddeutschland beginnt das Unheil bereits drohend auf sich zu greifen. Der Geist, den man schon in Erfurt und Berlin habe schämen müssen, und der mit den Parteigründungen unvereinbar sei, präge sich immer mehr aus. Vor Allem sei daran Bollmar schuld, auf den Bebel seine ganzen Ausführungen in der persöhnlichen Weise zuspitzte. Derselbe habe mit seiner Ausführungen auf dem Parteitag unerschütterliche großen Anhang gefunden; er stehe nicht allein, sondern habe einen starken Resonanzboden in der Partei. Somit wolle man mit ihm längs fertig sein. ... Kurzum: ein tiefer Mißpalt ist die Partei in zwei Hefte, die nicht mehr auf dem gleichen prinzipiellen Boden stehen.“

„Am Grundsatze — natürlich die mit Bebel — stehen die Verwässerter gegenüber. Das darf nicht so weiter gehen — da gibt es keinen Frieden mehr. Die Sünder müssen früher oder später aus der Partei hinaus, auf die Gefahr hin, daß ein größerer Teil der Partei mit ihnen geht, — lieber eine kleine wohl-disziplinierte Partei, als ein großer Haufen!“

Und nun fragen wir: Welche dieser beiden von Bebel im Laufe weniger Wochen geltend gemachten Anschauungen ist die wahre? Denn beide können nicht zugleich richtig sein, weil sie einander ausschließen, so unverständlich wie Feuer und Wasser sind.

Welcher Bebel hat die Wahrheit gesprochen — der vor und auf dem Parteitag oder der nach demselben?

Bebel selbst und der Berliner Parteivorstand haben auf die Vollmar'schen Ausführungen noch nicht antworten können, der „Vorwärts“ verwarf sich dagegen, daß er als Centralorgan seines Amtes nicht gewaltet. Er habe vor der Rede Bebel's eine Stellung als eine der Bebel'schen diametral entgegengesetzte genommen und nicht für nötig gehalten, dies hinterher noch einmal ausdrücklich zu thun. Trotz aller persönlichen Rücksichten, die man Bebel schulde, würde der „Vorwärts“ trotzdem noch einmal offen gegen ihn ausgerichtet sein, wenn Gefahr im Verzuge gewesen wäre. Allein der „Vorwärts“ ist überzeugt, daß die Partei zu gut diszipliniert sei, als daß Bebel's Rede eine zerrende Wirkung ausüben könnte. Der „Vorwärts“ scheint also der Meinung zu sein, daß Bebel über die Lage der Partei vor dem Parteitage in Frankfurt die Wahrheit gesprochen habe. In dessen der Erfolg, den Bebel mit seiner Rede in Berlin gehabt, spricht doch dafür, daß sein Einfluß mindestens bei einem großen Teile der Genossen Rebellionsgedanken wachrufen konnte.

Auch in Württemberg zeigt sich eine wachsende Unklarheit in der sozialdemokratischen Partei. In Heilbronn ist es bereits zu einem vollständigen Bruche gekommen zwischen den alten Führern und ihrem Anhang und einer großen Anzahl „Genossen“, welche sich gegen die „Bach-wirtschaft“ der alten Führer auflehnen. Letztere hatten auf letzten Sonnabend eine Versammlung einberufen, in welcher ein neuer sozialdemokratischer Verein gegründet werden sollte. In dieser Versammlung kam es zu häßlichen Szenen. Als der älteste und bisher einflussreichste Heilbronner Sozialdemokratensführer Kitzler es das Wort ergreifen wollte, wurde der Tumult so arg, daß sich die Genossen aus beiden Lagern löcher veräußerten. „Lumpen“, „Schuft“, „Schergen“, „Bach's“, „grüne Jungen“ und ähnliche Kollerwörter flogen herüber und hinüber. Sozialdemokratischer Erdbebenwurm in Frankfurt, Berlin, Mannheim, Karlsruhe, Brauch, München, Nürnberg, Heilbronn. ... Das läßt tief blicken!

In einer sozialdemokratischen Versammlung im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach Abgeordneter Kretschmer über Prinzip und Taktik. Er entwarf durch diktorische Betrachtungen einen Teil seiner Fühler derartig, daß dieser das Lokal verließ. Kretschmer erklärte, er wolle nicht über

den gegenwärtigen Streit sprechen, freiste dieses Thema aber doch. Er führte nach der Zst. aus: Kein sozialdemokratischer Abgeordneter dürfe über den Erbordenis des Angebots die letzten Ziele vergeßen; die Grenzlinie, wie weit man im Parlamenten gehen dürfe, müsse den Takt der Genossen überlassen bleiben; wer aber der Takt zu Liebe das Prinzip preisgebe, den werde die Partei auf die richtige Bahn lenken oder hinausführen. In der Diskussion protestierte Hüßner, namens zahlreicher Genossen, dagegen, daß der Referent der Kernfrage ängstlich ausweichen sei und die Genossen damit verirrte, der Streit werde schon erledigt werden. Die Berliner Sozialdemokraten haben das Recht und den Wunsch, über Streitigkeiten innerhalb der Partei zu Gericht zu sitzen. Bebel's Rede sei ein erlösendes Wort gewesen, dieser habe vollkommen Recht, wenn er auf das Sünden der Qualität der Partei hinweise. Kasperer fuhr auf: Der Miß in der Partei sei nicht mehr zu verfeinern und müsse zu einer Spaltung führen. In seinem Schlusssatz ging Liebnicht auf die Behandlung der Agrarfrage durch den Parteitag ein. Er erklärte sie für unzulänglich und von geringer Sachhaltigkeit. Die Vollmar'schen Reden werden nie und nimmer Sozialdemokraten werden. Ein besonders Program für das Land wäre ein Prinzipien-Vertrag und eine Dummheit. In der Agrarkommission werde kein Warten getrieben werden; leite die Kommission nicht das, was man von ihr erwartete, dann würde sie nachsichtlos zum Tausel gejagt. Schließlich ver sprach Liebnicht, auf Verlangen demnächst direkt über den Parteitag und die Streitfragen, die er gezeitigt, zu sprechen.

* Der neue Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Luxen hat, wie unsere Leser wissen, bei der Abschiedsfeier in Hannover u. A. folgenden Satz ausgesprochen: Im vorigen Jahre hat man thörichte Weise versucht, eine Scheidewand zwischen Industrie und Landwirtschaft zu errichten, das ist absolut verfehlt; in deutschen Vaterlande sollen sich Industrie und Landwirtschaft nicht bekämpfen, sondern mit vereinten Kräften dem gemeinsamen Ziele, dem Wohl des Ganzen nachstreben.

Diese Bemerkung will die Kreuztg. in einer Polemik gegen das „Berliner Tageblatt“ nicht auf die Ablehnung der Kanalarbeit als Vorlage im Abgeordnetenhaus bezogen wissen, die bekanntlich unter bestigen Anwürfen gegen die Industriellen erfolgte, weil diese für den zünftigen Handelsvertrag eingetreten waren. Unter dem „höchsten Verwache“ sei die Landwirthschaft Opfer zu Gunsten der Industrie aufzulegen habe; zu verstehen! Diese gewaltige Auslegung hat wohl nur den Zweck, die Antipathie für eine enge Ver-wahrung des neuen landwirthschaftlichen Ministers zu bieten. Das Agrarblatt schreibt nämlich: nach der grundsätzlichen Stellung, welche Freiherr v. Hammerstein gegen die Handelsvertragspolitik des neuen Kurses öffentlich angenommen, könne „nicht wohl angenommen werden, daß er die in Rede stehende Neuerung im Sinne des „Berl. Tagelb.“ gethan haben will.“ Wsdamm fährt die Kr. z. fort:

„Andererseits hätte er besser gethan, das ohnehin in jeder Zeit besonders schmerzhafte landwirthschaftliche Mißverhältnis nicht anzunehmen. Er ist viel zu einseitig, um nicht ohne Weiteres sich für zu machen, daß die Stellung eines landwirthschaftlichen Ministers, der als ausgeprägter Gegner der konservativen Partei und des Bundes der Landwirthe auftreten wollte, eine unglückbare wäre. Freiherr v. Hammerstein hat in derselben Anrede, die er bei der Abschiedsfeier der Kanalarbeit gehalten hat, gesagt, „erbärmlich“ wäre der Mann, der, nachdem er Minister geworden, die Bestrebungen zur Förderung der Kanäle — in diesem Falle handelt es sich um den Mittellandkanal — preisgeben wollte. Nach der Erklärung der „Kreuztg.“ steht Freiherr v. Hammerstein vor der Wahl, in seinem Sinne erbärmlich zu handeln oder sein Ministerpostenverzicht der „Kreuztg.“ zur Verfügung zu stellen.

* Der neueste Ausweis der Einnahmen des Reiches aus Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern ergibt eine weitere Besserung der Finanzlage. Bis Ende Oktober ist die Einnahme gegen das Vorjahr um 30,111,452 Mark gestiegen, also im Monat Oktober allein um über 5 Millionen Mark. Davon kommen auf die Zölle (April bis Oktober) 23,579,067 Mark, im Oktober 7,4 Millionen Mark, die Mehreinnahme aus der Zundersteuer ist im Oktober von 4,788,974 Mark auf 5,211,003 Mark gestiegen, so daß schon in den ersten sieben Monaten des Etatsjahres die vom Reichstag beschlossene Erhöhung des Voranschlags im Etat des laufenden Jahres ausgeglichen ist. Die Verbrauchsabgabe von Branntwein, welche bis Ende September um 600,000 Mark hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben war, hat den Ausfall noch um 32,323 Mark übergriffen. Die Mehreinnahme aus der Zundersteuer betrug 218,122 Mark (Ende September 190,993 Mark). Auch die Erträge aus der erhöhten Börsensteuer weisen eine weitere starke Steigerung auf. Allein im Monat Oktober betrug die Mehreinnahme 4,5 Millionen Mark. Die Gesamteinnahme war 1. April beläuft sich auf 19,469,251 Mark; die Mehreinnahme gegen das Vorjahr auf 8,070,261 Mark. Da das neue Gesetz erst am 1. Mai in Kraft trat, und die Mehreinnahme im April nur 121,368 Mark betrug, so hat also die